



SILVIA  
SCHENKER



## Bericht aus einer emotionalen Session

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren

Eine dreiwöchige Session ist Knochenarbeit – zumindest für diejenigen, die auch wirklich mitarbeiten. So viele Themen, so viele Entscheide, so viele Gespräche, immer konzentriert, das beansprucht einem auf verschiedenen Ebenen. Speziell an dieser letzten Session der Legislatur war, dass viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat ausscheiden und wir zudem intensiv im Wahlkampf sind.

Für mich standen in dieser Herbstsession zwei Geschäfte im Vordergrund, die beide von starken Emotionen begleitet waren:

### **Nochmals die Patientinnen und Patienten einseitig bestrafen?**

Zum einen war da die Managed-Care-Vorlage, welche wir in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit über viele Monate diskutiert und behandelt haben. Im Grundsatz unterstütze ich – wie übrigens auch die SP – die integrierte Versorgung, wie sie in den heutigen HMO-Praxen, in den Hausarztmodellen und den bereits vorhandenen Ärztenetzwerken angeboten werden. Eine durchgehende, vernetzte Versorgung kommt den Patientinnen und Patienten zu gut. Es erstaunt, dass heute nur etwa 10% der Versicherten dieses Versorgungsmodell wählen. Absicht der Vorlage hätte sein sollen, die Attraktivität von Managed Care zu steigern.

Deshalb ist es unverständlich und unverzeihlich, wenn die Vorlage nun diejenigen mit einem höheren Selbstbehalt von 15% bestraft, die bei der freien Arztwahl bleiben wollen. Wer in Zukunft ein Managed Care Modell wählt, bezahlt dafür gleich viel Selbstbehalt wie heute, nämlich 10%. Wo ist da der Anreiz? Faktisch führt die Vorlage zu einer Mehrbelastung für die Versicherten und das, obwohl die Patientinnen und Patienten in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern schon einen sehr grossen Teil der Gesundheitskosten aus der eigenen Tasche bezahlen. Ich lehne die Vorlage ab und unterstütze das Referendum. Ich halte es für zwingend notwendig, der Bevölkerung die Möglichkeit zur Mitsprache zu geben. Die freie Arztwahl ist für viele Menschen ein wichtiges Recht. Ob sie dieses Recht behalten und dafür einen höheren Preis bezahlen wollen, sollen sie mitentscheiden können.

### **Nichts sehen, nichts hören und nicht darüber reden?**

Das zweite ebenfalls emotionale Thema betraf die Zuwanderung und die Migrationspolitik. Wieder einmal gab es eine ausführliche Debatte zur Frage, ob die Zuwanderung ein Problem für die Schweiz sei und wie wir mit ausländischen Menschen umgehen, die hier leben. Die Debatte verlief nach dem gleichen Schema wie meistens. Auf der einen Seite die SVP, welche das Thema dazu benützt, ihre bekannten Parolen und Haltungen zu transportieren. Auf der andern Seite versuchen wir von unserer Seite her, weitere Verschärfungen des Asyl- und Ausländerrechts zu verhindern. Die Situation ist sehr stark polarisiert. FPD und CVP rücken immer näher zur SVP und die Linken sind praktisch immer in der Minderheit. Unsinnige Vorstösse wie der eines Burka-Verbots im öffentlichen Verkehr werden vom Rat überwiesen. Auf der andern Seite ist es unmöglich, beispielsweise zu Gunsten der Sans Papiers etwas zu erreichen. Ich hoffe sehr, dass sich die Mehrheitsverhältnisse in der nächsten Legislatur verbessern. Nur so haben wir eine Chance, unsere gutschweizerische humanitäre Tradition in der Migrationspolitik wieder aufleben zu lassen. Meine drei Minuten Redezeit habe ich dazu benutzt, auf die Probleme der Sans Papiers hinzuweisen - ein Thema, das von der Politik gerne totgeschwiegen wird. Wir verhalten uns da wie die drei berühmten Affen: Nichts sehen, nichts hören, nicht darüber reden.

In dieser Session habe ich zudem drei Vorstösse eingereicht:

**Schwer pflegebedürftige Kinder und deren Eltern nicht alleine lassen:** In einer Interpellation fordere ich den Bundesrat auf, dafür zu sorgen, dass die gelegentliche Entlastung von Eltern mit schwer pflegebedürftigen Kinder gewährleistet bleibt. Hintergrund dieses Vorstosses ist ein unsäglicher Streit zwischen der Invalidenversicherung und den Krankenkassen, welche die Entlastungen der pflegenden Eltern nicht mehr übernehmen wollen.

**Arbeiten und die Eltern pflegen: Endlich das Tabu brechen!** Mit einer Motion fordere ich den Bund auf, sich endlich den Fragestellungen zu stellen, mit denen Berufstätige zu kämpfen haben, die kranke oder behinderte Angehörige pflegen. Diese Realität ist tabuisiert, obwohl Schätzungen davon ausgehen, dass etwa 25% aller Berufstätigen davon betroffen sind. Der Bund soll jetzt die Situation sorgfältig analysieren und Massnahmen vorschlagen, wie diese Arbeitnehmenden entlastet werden können.

**Erhöhung der Altersgrenze für Ausbildungszulagen:** Vor allem ältere Kinder in Ausbildung kosten die Eltern so einiges. Aber ausgerechnet in der kostenintensivsten Phase enden die Ausbildungszulagen heute mit dem 25. Altersjahr, während immer mehr junge Erwachsene ihre Erstausbildung erst zwischen 25 bis 29 abschliessen. Mit einer parlamentarischen Initiative will ich die Familien entlasten und fordere, dass die Ausbildungszulagen neu bis zum effektiven Ende der Erstausbildung ausbezahlt werden.

Nach dieser intensiven Herbstsession kann ich mich wieder meiner Arbeit bei der Vormundschaftsbehörde zuwenden und dann stecken wir ja auch noch mitten im Wahlkampf. Dies bedeutet für mich vor allem Strassenwahlkampf. In den nächsten Tagen und Wochen bin ich wenn immer möglich auf der Strasse anzutreffen. Da hoffe ich natürlich, dass das sonnige Wetter noch möglichst lange anhält.

Ich bedanke mich bei allen, die mich in der einen oder anderen Form bei meiner Arbeit und im Wahlkampf unterstützen. Bereits eine kleine Empfehlung im Kreis von Freunden und Bekannten, oder eine gezielte Bemerkung am Arbeitsplatz helfen mit, dass meine Wiederwahl gesichert werden kann.

Mit herzlichen Grüssen  
Silvia Schenker

<http://www.silviaschenker.ch>

<http://www.facebook.com/Nationalraetin.Silvia.Schenker>